

Brosch. ●

I 6.407

Stadtbibliothek Braunschweig



9170705631X

Brosch. I 6407

Landes= Einwohnerwehr

Stadt Braunschweig



Dienstvorschrift

Bruch I 6407

Fernsprechnummern:

Kommandantur der Reichswehr

Nr. 4522 und 4523.

Kommando der Landes-Einwohnerwehr Nr. 206.

Zentralwache Nr. 4407.

(Nur von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.)

Bezirk I. Nr. 4033.

Bezirk II. „ 4099.

Bezirk III. „ 4530.

Bezirk IV. „ 4406.



Die Dienstvorschrift ist im Dienst mitzuführen und beim Austritt aus der Landes-Einwohnerwehr von den Mitgliedern in sauberem Zustande beim zuständigen Bezirk zurückzureichen oder mit 1.— Mk. zu vergüten.

Verlorengegangene Armbinden sind seitens des Verlierers mit 1.50 Mk. zu ersetzen.

STADTBIBLIOTHEK

BRAUNSCHWEIG

53382

Werter Kamerad!

Sie haben durch Ihren Beitritt zur Einwohnerwehr die Verpflichtung übernommen, Gut und Blut unserer Volksgenossen in Braunschweig zu schützen und durch Ihre Tätigkeit als Patrouille oder Posten für die Sicherheit in unserer Stadt mit einzustehen. Bedauerlicherweise ist es des öfteren vorgekommen, daß Mitglieder der Wehr zu dem befohlenen Wachtdienst unentschuldigt nicht erschienen sind.

Welche Gefahren aus der Schwächung der Patrouillen pp. entstehen können, sind einleuchtend.

Ich halte eine solche laxe Auffassung für entwürdigend für ein Mitglied unserer Wehr und glaube annehmen zu dürfen, daß bei richtiger Überlegung der Schwere des Vergehens eine solche Pflichtvergeffenheit nicht vorgekommen wäre. Dringend bitte ich daher, daß solche Versäumnisse nicht mehr vorkommen. Wir genügen einer Ehrenpflicht durch unseren Dienst und eine Pflichtvergeffenheit gefährdet demnach unsere Ehre.

Hinzufügen muß ich noch, daß es vorgekommen ist, daß Patrouillen sich durch Alkoholgenuß zum Dienst unfähig gemacht haben, und ebenso sollen Herren, anstatt ihren Patrouillendienst zu versehen, Lokale aufgesucht und dort getrunken haben.

Für solches Verhalten fehlen mir die Worte!

Ich werde solchen Herren, die sich so vergehen, nicht gestatten, aus der Wehr auszutreten, sondern sie aus der Wehr ausschließen, und das durch die Zeitungen bekanntgeben.

Besonders möchte ich noch darauf hinweisen, daß der Patrouillenführer der Vorgesetzte seiner Patrouille ist, demnach auch die Verantwortung trägt.

Die Kommandierung zum Wachtdienst erfolgt fünf bis sechs Tage im Voraus. Spätestens bis zwölf Uhr Mittag des dem Dienstantritt vorhergehenden Tages müssen die Herren, welche nicht erscheinen können, dieses der Stelle melden, welche sie kommandiert hat, damit Ersatz beschafft werden kann. Sollten ausnahmsweise Herren später noch absagen müssen, so haben sie einen Ersatzmann — selbstverständlich nur aus der Einwohnerwehr — zu stellen oder schriftlich mit Boten ihre Absage einzusenden.

Des weiteren weise ich noch darauf hin, daß dem Wachthabenden unbedingt Gehorsam zu leisten ist, derselbe besitzt als solcher Hausrecht, von dem er in dringenden Fällen rücksichtslos Gebrauch zu machen hat.

Mit kameradschaftlichem Gruß

v. Uechtrig.

. Dienstvorschrift

für die

Landes-Einwohnerwehr Braunschweig.

Zweck der Einwohnerwehr ist es, in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse die örtlichen Sicherheitsorgane bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu unterstützen.

Die Zusammensetzung der Einwohnerwehr erfolgt, ihren Aufgaben entsprechend, grundsätzlich unpolitisch aus allen Kreisen der regierungstreuen Bevölkerung.

Der Beitritt ist freiwillig. Beitreten kann jeder männliche Einwohner Braunschweigs im Mindestalter von 20 Jahren, sofern er moralisch und körperlich geeignet und politisch einwandfrei ist. Annahmen jugendlicher Mitglieder unter 20 Jahren unterliegen der Prüfung der Bezirksführer, welche sich für ihre Tauglichkeit verbürgen müssen.

Die bisher der Wehr eingereichten Mitglieder unter 20 Jahren dürfen in derselben nur dann verbleiben, wenn sie durch dauerndes militärisches Verhalten die erforderliche Reife bekunden. Andernfalls müssen dieselben rücksichtslos entfernt werden.

Militärische Ausbildung, namentlich mit der Waffe, ist erwünscht.

Personen, die nicht gedient haben, werden zunächst zu einem Ausbildungskursus herangezogen, den bis zum Abschluß regelmäßig zu besuchen sie sich schriftlich verpflichten müssen. Die Landes-Einwohnerwehr untersteht der Landesregierung. In ihrem Aufbau und ihrer Organisation ist sie selbständig. Wird bei drohenden oder ausbrechenden Unruhen die Mitwirkung der Landes-Einwohnerwehr seitens der Kommandantur Braunschweig gewünscht, so stellt sich das Kommando der Landes-Einwohnerwehr im Interesse des einheitlichen Zusammenwirkens unter den Befehl der Kommandantur.

An der Spitze der Landes-Einwohnerwehr steht das Kommando der L.-E.-W., die Wahl des Leiters desselben ist von den Bezirksführern im Einvernehmen mit den Ver-

trauensauschüssen vorzubereiten und erfolgt durch die ganze Wehr. Dem Leiter wird ein Arbeitsstab zur Seite gestellt.

Die Landes-Einwohnerwehr ist in vier Bezirke eingeteilt.

Bezirk I umfaßt das N.-W.-Viertel der Stadt vom Madamenweg bis zur Hamburgerstraße einschl.

Bezirk II umfaßt das N.-O.-Viertel der Stadt von der Hamburgerstraße bis zur Kaiser-Wilhelm-Straße einschl.

Bezirk III umfaßt das S.-O.-Viertel der Stadt von der Kaiser-Wilhelm-Straße ausschl. bis zum Bürgerparf.

Bezirk IV umfaßt das S.-W.-Viertel der Stadt vom Bürgerparf bis zum Madamenweg.

An der Spitze jedes Bezirkes steht ein Bezirksführer, dessen Wahl durch den ganzen Bezirk erfolgt.

Der Bezirk zerfällt in drei Abteilungen unter einem Abteilungsführer, dessen Wahl auf Vorschlag des Bezirksführers oder aus der Abteilung selber durch die betr. Abteilung erfolgt.

In den Abteilungen sind Gruppen einzuteilen; Die Gruppenführer sind durch die betreffenden Gruppen zu wählen. Ein Teil der Gruppen ist als Bereitschafts- bzw. Stoßtrupp auszubilden und auszurüsten. Hierzu sind vornehmlich jüngere, sichere, waffengewandte Wehrleute auszusuchen, außerdem kommt es besonders auf Begeisterung für die Sache und sichere Waffenhandhabung an.

Eine Neuwahl der Führer ist nur nach Erfordernis vorzunehmen.

Jedem Bezirksführer wird ein Arbeitsstab angewiesen.

In jedem Bezirk werden drei Vertrauensleute gewählt, welche zusammen mit dem Bezirksführer und den Abteilungsführern den Bezirksausschuß bilden. Derselbe ist zuständig für die Verwaltung der aus nicht abgehobenen Wachtgeldern und sonstigen Stiftungen gebildeten Bezirkskasse und für die Verwendung der Gelder derselben, ferner für innere Angelegenheiten der Bezirke, vorübergehende Beseitigung der Mitglieder vom Wachtdienst usw.

Bezirksführer und Abteilungsführer haben in Rassenangelegenheiten beschließende, in den übrigen Angelegenheiten beratende Stimme.

Eine Entscheidung auf die Befehlsgewalt und in militärischen Fragen steht den Vertrauensleuten nicht zu. Sie haben bezügliche Wünsche und Anregungen den Bezirksführern vorzutragen.

Bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern und dem Bezirksausschuß entscheidet das Kommando der Landes-Einwohnerwehr.

Ferner wird ein Hauptausschuß, bestehend aus vier Mitgliedern, gebildet, zu dem jeder Bezirk einen Vertrauensmann entsendet.

Zu den Verhandlungen des Hauptausschusses ist der Leiter der Wehr mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Der Hauptausschuß hat sich lediglich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten der Landes-Einwohnerwehr zu befassen, besonders mit der Werbung neuer Mitglieder und einer möglichst ausgedehnten Propaganda zu diesen Zwecken, sowie mit der Beschaffung und Verwaltung des für die Werbezwecke erforderlichen Werbefonds. Irgendwelcher Einfluß auf die militärischen Angelegenheiten bezw. eine Entscheidung auf die Befehlsgewalt steht ihm nicht zu.

Bezügliche Wünsche und Anregungen aus den Kreisen der Wehr sind dem Kommando vorzutragen.

Anmeldung neuer Mitglieder zum Eintritt in die Landes-Einwohnerwehr erfolgt auf den Bezirks-Geschäftszimmern, nur in Ausnahmefällen auf dem Geschäftszimmer des Kommandos, durch Ausfüllen der Anmeldeformulare. Die sich Meldenden werden seitens der Bezirke einer genauen Prüfung auf ihre politische Zuverlässigkeit unterzogen. Die Aufnahme erfolgt nach Feststellung der Zuverlässigkeit beim Kommando, wo sich die Mitglieder dem Leiter der Wehr bezw. dessen Stellvertreter durch Handschlag verpflichten.

Durch Unterschrift der Verpflichtungserklärung hat sich das Mitglied zu verpflichten, der vom Volke gewählten Regierung seine treuen Dienste zu widmen, die vom Volke gegebenen Gesetze und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen und den Anordnungen der Führer Folge zu leisten.

Vor allem muß sich jeder verpflichten, den von ihm verlangten Dienst, insbesondere den Wacht- und Patrouillendienst in vollem Umfange auf sich zu nehmen.

Bei der Aufnahme wird jedem Mitglied Ausweis, Armbinde und Waffenschein, sämtlich mit Nummer der Stammbuchrolle und Stempel versehen, ausgehändigt. Ausweiskarte und Armbinde müssen die Mitglieder ständig bei sich tragen, damit sie sich im Falle eines Alarms ausweisen, die Postenkette passieren und den Alarmplatz ungehindert erreichen können. Verlorene Armbinden sind 1,50 M zu ersetzen.

Im Wacht- und Patrouillendienst ist die Armbinde am linken Oberarm sichtbar zu tragen, durch Unterlassung dieser Bestimmung gehen die Mitglieder der Wehr jedes Anspruchs

auf die Berechtigung zum Waffengebrauch verlustig. Auch wird jeder Anspruch auf Versicherungs-Entschädigung hinfällig.

Jedes neue Mitglied wird dem Bezirk zugeteilt, in welchem dasselbe seinen Wohnsitz hat. In Sonderfällen sind Ausnahmen zulässig. Die militärisch ausgebildeten Mitglieder werden sofort zum normalen Dienst herangezogen; die ungedienten Mitglieder erhalten vor ihrer Zuteilung zu den Bezirken eine militärische Ausbildung in der Ausbildungs-Abteilung des Kommandos.

Einwohner, die körperlich hierzu nicht imstande sind oder solche, denen es ihre Zeit nicht gestattet, diese Verpflichtung auf sich zu nehmen (Entscheidung durch den Vertrauensausschuß), können als Gönner der Einwohnerwehr geführt werden, sofern sie sich zur Zahlung eines einmaligen Betrages von mindestens 100 M bzw. eines jährlichen Betrages von mindestens 20 M verpflichten. Auch Frauen können als Gönnerinnen aufgenommen werden.

Von jedem Mitglied werden unter normalen Verhältnissen folgende Dienstleistungen verlangt: Probealarm, der etwa alle Vierteljahr einmal stattfindet.

Jeden Monat eine Wachtschicht von 6 bis 12 Stunden bzw. Patrouillengänge.

Mindestens einmal im Monat Schießen einer Bedingung auf dem Scheibenstande.

Regelmäßige Teilnahme an den Versammlungen der Bezirke, Abteilungen und Gruppen, deren stattfinden dem Bedürfnis anzupassen ist.

Die Ausbildung der ungedienten Mitglieder dauert etwa 4 Wochen bei zweimaligen Übungen in der Woche von etwa 2 Stunden.

Mitglieder, welche ihren schriftlichen Verpflichtungen, jeden Dienst mitzumachen, nicht nachkommen, können nicht in die Wehr eingestellt werden.

Jedes Mitglied der Landes-Einwohnerwehr hat es als eine Ehrenpflicht zu betrachten, den befohlenen Dienst regelmäßig und pünktlich zu versehen. Absagen dürfen nur bei dringenden Reisen und in Krankheitsfällen erfolgen.

Sie müssen dem Bezirk unmittelbar nach erfolgter Zustellung der Aufforderung zum Wachtdienst unter Angabe des Behinderungsgrundes zugesandt werden, damit Ersatz kommandiert werden kann.

Pflicht- und Kameradschaftsgefühl erfordern, daß Absagen nur im äußersten Notfalle erfolgen. Das gegebene Manneswort muß heilig gehalten werden. Vor allem darf niemand dem Wachtdienst aus wichtigen Gründen fernbleiben, denn

eine durch ungenügende Beteiligung verursachte Schwächung der Wache kann unter Umständen die größte Gefahr für die Wache selbst sowie für die Kameraden heraufbeschwören.

Unentschuldigt dem Wachtdienst ferngebliebene Mitglieder werden zur Meldung der Gründe dafür aufgefordert.

Wer dreimal unentschuldigt den Wachtdienst versäumt hat, wird aus den Listen der Landes-Einwohnerwehr gestrichen unter Bekanntgabe seines Namens in den Kommando-befehlen.

Der Dienst ist entweder im Bürgerkleid — nicht umgeschnallt und ohne Stahlhelm — oder, wenn irgendmöglich in Felduniform, jedoch ohne militärische Abzeichen, in diesem Falle umgeschnallt und mit Stahlhelm, zu versehen. In beiden Fällen ist jedoch das Abzeichen der Landes-Einwohnerwehr, die Armbinde, am linken Oberarm zu tragen.

In Sonderfällen können die Wachthabenden bzw. Führer der Patrouillen eine andere Tragweise der Armbinde anordnen.

Die Landes-Einwohnerwehr wird mit Gewehr Mod. 98 bewaffnet. Die Gewehre werden im Marnefall an die Mitglieder ausgegeben. Die Führer, sowie ein Teil der Bereitschaftstruppe erhalten Armee-Revolver, soweit solche zur Verfügung stehen.

Die Tätigkeit der Einwohnerwehr ist ehrenamtlich. Wird dieselbe bei größeren Unruhen auf Anordnung der Kommandantur zum Dienst aufgerufen und ihr angegliedert, so ist nachstehende Befoldung aus Reichsmitteln zuständig:

Tägliche Grundlohnung	1,— M
Tägliche Zulage	5,— M
Tägliches Verpflegungsgeld, sofern nicht die	
Verpflegung in Natura geliefert wird . .	2,70 M
zusammen für den Tag	8,70 M

Auch die von der Einwohnerwehr zu stellenden Wachen in normalen ruhigen Zeiten gelten bis auf weiteres als im Auftrage der Regierung gestellt und ist demgemäß folgende Befoldung zuständig:

Für eine Wachtschicht von 6 Std. $\frac{1}{4}$ Tagessatz .	2,15 M
" " " " 8 " $\frac{1}{3}$ " .	2,90 M
" " " " 12 " $\frac{1}{2}$ " .	4,35 M

Die Versicherung der Mitglieder der Landes-Einwohnerwehr im Falle einer Dienstbeschädigung in Ausübung des Dienstes übernimmt die Reichsregierung.

Gemäß dem Einwohnerwehrversorgungsgesetz steht dem Mitglied der Landes-Einwohnerwehr freie Krankenhaus-

behandlung, ärztliche Versorgung und für die Dauer der gänzlichen oder teilweisen Erwerbsunfähigkeit ein Anspruch auf Rente zu:

- a) Bei völliger Erwerbsunfähigkeit 1000 *M* jährliche Rente.
- b) Bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit beträgt die Rente denjenigen Teil der Vollrente in Hundertteilen, welcher dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht.
- c) Über den Anspruch auf Rente wird eine Verstümmelungszulage gewährt von monatlich je 30 bzw. 60 *M* je nach der Schwere des vorliegenden Falles.

Im Falle des Todes eines Mitgliedes wird Witwen- und Waisengeld zugebilligt.

Witwengeld beträgt jährlich 600 *M*, das Waisengeld für jedes unterhaltungsberechtigte Kind beträgt jährlich 250 *M*.

Das Waisengeld für ein Kind, dessen Mutter nicht mehr lebt, beträgt jährlich 300 *M*.

Bei dem Tode eines Rentenberechtigten innerhalb von 6 Jahren nach erlittener Dienstbeschädigung, der nachweisbar durch die Folgen der Dienstbeschädigung eingetreten ist, steht den Hinterbliebenen ein Anspruch auf Witwen- u. jw. Geld zu.

Obliegenheiten des Wächthabenden der Zentralwache.

Der Wächthabende empfängt von dem Verwalter der Zentralwache, Feldwebel Westphal, den Schlüssel der Wache. Das Tor nach dem Bohlweg dient nur zum Aus- und Einlaß der Patrouillen, im übrigen ist es verschlossen zu halten. Der Wächthabende hat, bevor er die Einteilung der Wache vornimmt, das Inventar, speziell Waffen und Ausrüstungsstücke, vom Feldwebel Westphal ordnungsmäßig gegen Quittung zu übernehmen. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß niemand Gegenstände vor Übernahme durch den Wächthabenden entnimmt. Unbedingte Pflicht des Wächthabenden ist es, den Verwalter in der Aufrechterhaltung der Ordnung nach allen Kräften zu unterstützen. Die Ausgabe und Abnahme der Waffen und Munition muß besonders sorgfältig erfolgen. Eine genaue Kontrolle der Mitglieder ist unumgänglich notwendig, um Unstimmigkeiten zu vermeiden. Bei Ausgabe der Wachtmäntel ist Name und Stammrollennummer der Wachtmannschaften und die Nummer der an sie ausgegebenen Mäntel in ein besonderes Buch einzutragen. Die Rückgabe der Mäntel ist durch einen besonderen Vermerk kenntlich zu machen. Die ausgegebenen Waffen und Ausrüstungsstücke sind vor der Übergabe nach Anordnung des Wächthabenden ordnungsmäßig zusammenzulegen, damit die Übergabe schnell vonstatten geht.

Der Wächthabende kommandiert die Posten vor Gewehr und die Patrouillen, denen an Hand der besonderen Anweisung ihre Aufgaben bekannt zu geben sind. Er macht die entsprechenden Eintragungen in das Wachtbuch. Bei Zweifeln ist Feldwebel Westphal angewiesen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. An die Patrouillen und Posten vor Gewehr sind pro Mann 10 Patronen auszugeben. Nach Rückkehr sind die Patronen sofort abzunehmen und an die Ablösung auszugeben bzw. vom Wächthabenden zurückzubehalten. Die Patronenreserve ist nur im Notfalle anzubrechen.

Der Wächthabende sorgt für regelmäßige Ablösung der Posten und Patrouillen. Er ist verantwortlich dafür, daß ein Teil der Mitglieder wach ist, um eine Überraschung

der Wache zu verhüten. Ruhestörender Lärm auf der Wache ist verboten. Die erforderliche Ruhe darf den Mitgliedern in keiner Weise entzogen werden.

Nach beendigter Wache ist das Inventar dem Feldwebel Westphal gegen Quittung zu übergeben. Alle Wachtmannschaften bleiben bis zur erfolgten Übergabe des Inventars auf der Wache. Das Tor bleibt solange verschlossen. Bei etwaigem Fehlen von Gegenständen ist eine genaue Nachforschung anzustellen. Bleiben Anfragen bei den Wachtmannschaften erfolglos, muß eine Durchsuchung derselben erfolgen, der sich im allgemeinen Interesse jeder zu unterziehen hat. Die Wache darf nicht eher verlassen werden, bis Klarheit geschaffen worden ist.

Unter allen Umständen hat der Wachthabende darauf zu achten, daß die Armbinden vorschriftsmäßig angelegt werden.

Sondervorschrift für die Wachtpatrouillen.

Die Patrouillen sind zu stellen von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr, und zwar in zweistündigen Schichten und zweifacher Ablösung. Jede Patrouille besteht aus einem Führer und vier Mann.

Die Grenzen der zu begehenden Stadtteile verlaufen folgendermaßen:

Patrouille 1. Gebiet der Bezirke I und II innerhalb des Umflutgrabens, also: Am Hohen Tore, Sonnenstraße, Altstadtmarkt ausschließlich, Neuestraße, Vor der Burg, Dankwardstraße, Steinweg einschließlich bis zum Umflutgraben.

Patrouille 2. Gebiet des Bezirks I außerhalb des Umflutgrabens, also: Madamenweg ausschließlich, Hamburgerstraße einschließlich außerhalb des Umflutgrabens.

Patrouille 3. Gebiet des Bezirks II außerhalb des Umflutgrabens, also: Hamburgerstraße ausschließlich, Kaiser-Wilhelm-Straße einschließlich außerhalb des Umflutgrabens.

Patrouille 4. Gebiet der Bezirke III und IV innerhalb des Umflutgrabens, also: Am Hohen Tore, Sonnenstraße, Altstadtmarkt einschließlich, Neuestraße, Vor der Burg, Dankwardstraße, Steinweg ausschließlich bis zum Umflutgraben.

Patrouille 5. Gebiet des Bezirks III außerhalb des Umflutgrabens, also: Kaiser-Wilhelm-Straße ausschließlich, Oker außerhalb des Umflutgrabens.

Patrouille 6. Gebiet des Bezirks IV außerhalb des Umflutgrabens, also: Oker, Madamenweg einschließlich außerhalb des Umflutgrabens.

In diesen Bezirken haben die Patrouillen in beliebiger Reihenfolge in erster Linie diejenigen Straßen zu durchwandern, in welchen sich größere Läden, Geschäfte, Niederlagen ufm. befinden, bei denen eine erhöhte Gefahr des Einbruchs und Diebstahls vorliegt.

Eine Instruktion über die Begeverhältnisse ist erforderlich. Die Auswahl der Patrouillen muß derart erfolgen, daß entweder der Führer oder mindestens ein Mann der Patrouille in dem zu begehenden Abschnitt genau Bescheid wissen muß.

Auf die Patrouillen der Polizei bzw. der Nachtschutzleute ist keine Rücksicht zu nehmen, jedoch empfiehlt es sich, gelegentlich die von den Polizeipatrouillen begangenen Straßen nach Verlauf von einer Viertelstunde auch zu durchwandern. Die Patrouillen sind gehalten, auf Ansuchen den Nachtschutzleuten Hilfe zu leisten und dieselben in ihrem Dienst zu unterstützen. Die Patrouillen der Einwohnerwehr haben lediglich die gemeinen Verbrechen, als Diebstahl, Einbruch, Mord ufm., zu verfolgen. Nicht zu den Dienstbefugnissen der Patrouillen gehört die Verfolgung von Übertritten der Straßenpolizeiordnung (Lärmen und Singen auf der Straße, grober Unfug). Verhaftete Personen sind auf der Polizei-Hauptwache (Münzstraße) abzuliefern.

Die Patrouillen versehen ihren Dienst entweder in Zivil oder in Uniform. Auf alle Fälle ist das Abzeichen der Landes-Einwohnerwehr, die Binde am linken Oberarm, anzulegen. Ohne Binde am linken Oberarm gehen die Patrouillen aller Vorrechte betr. Festnahme und Waffengebrauch verlustig. (Vgl. Vorschrift über Waffengebrauch.) Die Bewaffnung erfolgt mit Gewehr Mod. 98, jedoch ist es wünschenswert, wenn ein Mann der Patrouille, möglichst der Führer, mit Revolver bewaffnet ist. Eine Waffe genügt. Als Führer sind nur ältere, zuverlässige Mitglieder vorzusehen. Die Mannschaften der einzelnen Patrouillen sind namentlich in dem Wachtbuch aufzuführen.

Die zu den Patrouillen kommandierten Mitglieder haben sich um 9 Uhr im Wachtlokal, altes Ministerium, einzufinden, und ist dann sofort die Einteilung der Patrouillen sowie die Bewaffnung derselben vorzunehmen, so daß Punkt 10 Uhr die ersten Patrouillen das Wachtlokal verlassen können.

Die 6 Patrouillen sind nicht alle gleichzeitig abzulösen, sondern alle Stunden je 3 derselben. Es würden also gehen:

3 Patrouillen in den Zeiten von 10 bis 12, 12 bis 2, 2 bis 4, 4 bis 6 Uhr und 3 Patrouillen in den Zeiten von 10 bis 11, 11 bis 1, 1 bis 3, 3 bis 5 und 5 bis 6 Uhr.

Ferner soll die Ablösung der Patrouillen in den einzelnen Bezirken sich von Abend zu Abend ändern. Wenn also heute

Patrouille I, II und III nach der ersten Ablösungsart und Patrouille IV, V und VI nach der zweiten Ablösungsart gegangen war, so würde morgen Patrouille IV, V und VI nach der ersten Ablösungsart und Patrouille I, II und III nach der zweiten Ablösungsart zu gehen haben. Es ist daher jeweils die Ablösungsart in das Wachtbuch einzutragen, also z. B. Patrouille I, III und V Ablösung 10 bis 12, 12 bis 2, 2 bis 4 und 4 bis 6 Uhr. Patrouille II, IV und VI Ablösung 10 bis 11, 11 bis 1, 1 bis 3, 3 bis 5 und 5 bis 6 Uhr.

Es sollen größere Kartoffelschiebungen zur Nachtzeit vom Lande zur Stadt Braunschweig stattfinden. Die Patrouillen haben dafür Sorge zu tragen, daß diese Kartoffelschiebungen unterbunden werden. Es sind daher alle Fuhrwerke, die in die Stadt hineinfahren und von denen anzunehmen ist, daß diese Kartoffeln geladen haben könnten, anzuhalten und zu untersuchen. Ein jeder Wagenführer muß, sofern er Kartoffeln geladen hat, im Besitz eines Ausweises seines Gemeindevorstehers sein, auf welchem enthalten ist, daß der betreffende Fuhrmann Kartoffeln auf Bezugsschein bezogen und zur Stadt Braunschweig bringen darf. Beim Fehlen eines solchen Ausweises ist der Kutscher mit Fuhrwerk zur Polizei-Hauptwache (Münzstraße) zu führen.

Die Patrouillen sind berechtigt, bewaffnete Personen, die die Berechtigung zum Waffentragen nicht einwandfrei nachweisen können, zu entwaffnen und zur Polizei-Hauptwache (Münzstraße) zu bringen. Auf die „Vorschrift über Festnahme und Waffengebrauch“ wird nachdrücklich hingewiesen.

Die Patrouillen haben über Begegnungen und Zusammenstöße mit städtischen Beamten und Nachtschulzeuten Meldung zu erstatten. Diese Meldungen sind in die Wachtmeldung aufzunehmen, um Vergleiche mit den von der Polizei-Hauptwache eingehenden Berichten vornehmen zu können.

Diensthilfe.

Den dienstlichen Ersuchen der hiesigen Polizeibeamten und Wachen, sowie der Patrouillen und Posten der Reichswehr ist Folge zu geben.

Den Beamten der Postämter sowie den Eisenbahnbeamten ist auf ihr Ersuchen und ihre Verantwortung Hilfe zu gewähren.

Zu einer Nachprüfung über die Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit derartiger Ersuchen sind die Patrouillen usw. nicht befugt, die Verantwortung tragen die ersuchenden Beamten und Truppenangehörigen.

Es empfiehlt sich jedoch, bei jedem Ersuchen sich durch Vorlage eines Ausweises zu überzeugen, daß die ersuchenden Beamten auch tatsächlich zur Ausübung des in Frage kommenden öffentlichen Amtes befugt sind.

In allen Fällen eines obigen Eingreifens gelten die allgemeinen Bestimmungen über Festnahme und Waffengebrauch.

Wache im Kreisgefängnis.

Die Wache im Kreisgefängnis wird durch das Sicherheitsbataillon gestellt.

Diese Wache ist dem Kommando der Einwohnerwehr unterstellt.

Einem Ansuchen der Wache auf Unterstützung ist seitens der Zentralwache umgehend Folge zu geben.

Vorschrift

über

Festnahme und Waffengebrauch.

a) Festnahme.

Die zum Wacht- bezw. Patrouillendienst kommandierten Mitglieder der Wehr sind aus eigener Machtvollkommenheit zur Festnahme von Personen befugt:

1. Wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung, namentlich bei Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung betroffen oder verfolgt wird und seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann.
2. Zum Schutze der ihrer Bewachung anvertrauten Personen oder Sachen.
3. Bei einem Angriff auf die Wachen, Posten oder Patrouillen, bei Tätlichkeiten und Beleidigungen, deren Fortsetzung nur durch die Festnahme verhindert werden kann.

Eine Festnahme kann ferner vorgenommen werden auf Antrag der Polizeibehörde oder Gendarmerie.

Etwaiger Widerstand kann durch Gebrauch der Waffe gebrochen werden. (Vergl. Abschnitt „Waffengebrauch“.)

Bei Fluchtversuchen kann ebenfalls die Waffe gebraucht werden. Die Mitglieder der Wehr genießen in der rechtmäßigen Ausübung des Dienstes den Schutz des § 113 des Str.=Ges.=B.

Hiernach wird mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu 2 Jahren bestraft, wer den Mannschaften einer Gemeinde=Schutz- oder Bürgerwehr in Ausübung des Dienstes durch Gewalt (z. B. auch durch Stemmen gegen den Boden, um die Fortführung zu verhindern) oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder sie tätlich angreift. Dem Festgenommenen ist sofort zu erklären, daß bei einem Fluchtversuch oder Widerstande von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde.

Waffen und gefährliche Werkzeuge sind ihm abzunehmen. Unnütze Reden sind zu vermeiden. Die festgenommenen Personen werden in der Regel auf dem kürzesten Wege zur nächsten Polizeiwache gebracht und dort abgeliefert, Militärpersonen auf die nächste Militärbehörde.

Auf der Polizeiwache ist ein kurzes Protokoll aufzunehmen. Alle den Festgenommenen abgenommenen Gegenstände müssen sorgfältig aufbewahrt und der Polizei gegen Quittung überliefert werden.

b) Waffengebrauch.

a) Den zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufgegebenen Mitgliedern der Einwohnerwehr ist auf Posten und Patrouillen der Gebrauch der Waffe gestattet:

1. Wenn sie tötlich angegriffen oder mit einem Angriff gefährlich bedroht werden.
2. Wenn sie von den auf frischer Tat betroffenen Personen tätlichen Widerstand oder Bedrohung mit gefährlichen Werkzeugen erfahren.
3. Wenn sie zur Ablegung von Waffen oder anderer zum Angriff oder Widerstand geeigneter oder sonst gefährlicher Werkzeuge aufgefordert haben, und dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet wird.
4. Zur Verhinderung von Fluchtversuchen.
5. Zum Schutze anvertrauter Personen oder Sachen.

Werfen mit Steinen ist als tätlicher Angriff aufzufassen.

Gefährliche Werkzeuge sind bewegliche Gegenstände, die geeignet sind, erhebliche Verletzungen herbeizuführen. (Messer, Hammer, Stangen, Stäbe, Lotschläger, Meißel, Schlagringe u. a.)

Bei Fluchtversuchen Festgenommener darf die Waffe nur dann angewandt werden, wenn die Festnahme tatsächlich durchgeführt war und die Person sich in der Gewalt des Postens oder der Patrouille befunden hat.

Beispiel 1.

Eine Person wurde bei einem Einbruch festgenommen. Dieselbe reißt sich los und läuft fort. Die Patrouille darf von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Beispiel 2.

Eine Person läuft bei Annäherung einer Patrouille fort. Nur bei dringendem Verdacht eines Verbrechens hat die Patrouille nach mehrmaligem Haltruf die Berechtigung zum Schießen.

Als Verbrechen gelten Überfall, Totschlag, Diebstahl, Raub, Plünderung, Brandstiftung, Beschädigung oder Zerstörung von Betriebsmitteln jeder Art.

Die Anwendung der Waffe zum Schutze anvertrauter Personen und Sachen ist nur dann zulässig, wenn die Festnahme nicht ausreicht oder die Abwendung der Gefahr nicht anders möglich ist.

b) Geschlossen auftretende Abteilungen der Wehr handeln auf Befehl ihrer Führer.

Dem Waffengebrauch soll eine dreimalige Androhung des Waffengebrauches vorangehen.

Ansammlungen, Aufläufe und Umzüge sind dreimal unter Androhung des Waffengebrauches zum Auseinandergehen aufzufordern, bevor der Gebrauch der Waffen eintreten darf.

Wenn ein tätlicher Angriff während der Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgt, ist sofort von der Waffe Gebrauch zu machen. Der Führer muß seiner Abteilung unbedingt die erforderliche Bewegungsfreiheit sichern. In den meisten Fällen kann durch sofortiges rücksichtsloses Zugreifen die Lage von vornherein gesichert werden, während unbestimmtes zaghaftes Auftreten verhängnisvoll werden muß.

Allgemeine Bemerkungen zum Waffengebrauch.

Die Waffe darf nur insoweit gebraucht werden, als es zur Erreichung der vorstehend angegebenen Zwecke erforderlich ist.

Von der Schußwaffe ist nur Gebrauch zu machen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und die Überzeugung gewonnen ist, daß der Angriff oder der Widerstand nicht anders überwunden werden kann. Vorsicht ist beim Gebrauch der Schußwaffe, namentlich an belebten Orten zu üben, damit nicht eine Gefährdung unbeteiligter Personen eintritt.

Rechtswidriger Waffengebrauch wird nach den Strafgesetzen schwer bestraft.

Durchsuchungen.

Im allgemeinen darf nur die Polizei Durchsuchungen vornehmen. Die Einwohnerwehr ist aber in folgenden Fällen zu Durchsuchungen berechtigt:

1. Bei Verfolgung einer Person auf frischer Tat.
2. Zur Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen.

Gefangene sind diejenigen Personen, denen in gesetzlich gebilligter Weise durch Haftbefehl oder Festnahme die persönliche Freiheit entzogen und die sich deshalb in der Gewalt der zuständigen Behörden befinden.

3. Wenn bei Ausübung des Dienstes aus einem Hause heraus die Einwohnerwehr angegriffen wird, zur Abwehr des Angriffes oder wenn ihrer Aufforderung offener gefährlicher Widerstand entgegengesetzt wird, zur Bewältigung dieses Widerstandes.

Diese Bestimmungen haben für die Mitglieder der Wehr nur dann Gültigkeit, wenn dieselben in der Ausübung ihres Dienstes die Armbinde am linken Oberarm anlegen und sich durch das Tragen derselben als Wehrlente kenntlich machen.

Braunschweig, den 3. Dezember 1919.

gez. v. Uchtritz.

Druck von Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig.

